

28. XI. 1918

(Ein Protest der städtischen Beamten.)
Dem Verein der Beamten der Stadt Wien erhalten wir folgende Zuschrift: Obwohl der Verein die erfolgte Zuerkennung des passiven Wahlrechtes an die im Dienste stehenden Gemeindebeamten und die praktische Verwirklichung dieses Rechtes durch die Berufung des Herrn Magistratssekretärs Rudolf Schladt zum Gemeinderat der Stadt Wien als Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Gemeindebeamten beschränkt, hält er sich doch für verpflichtet, öffentlich festzustellen, daß die Art dieser Berufung nicht der Forderung der städtischen Beamten entspricht, da sie nicht im Einklang mit den berufenen Landesorganisationen erfolgte. Der Verein der Beamten der Stadt Wien benützt den Anlaß, um neuerlich der Forderung Ausdruck zu geben, es mögen der genannten Beamten Gemeinderatsmandate überlassen werden, die sie im Einklang mit den berufenen Landesorganisationen frei von Beeinflussung durch irgendeine politische Partei vergeben kann.